

A n t r a g

der Fraktionen der SPD, CDU und FDP

Eine Schülerinnen- und Schülervertretung für alle Schularten

I. Der Landtag stellt fest:

Im Endbericht der in der Enquetekommission „Jugend und Politik“ der 14. Wahlperiode wurde herausgestellt, dass die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern am Schulleben und an Schulentwicklung insbesondere auch durch formalisierte Beteiligungsmöglichkeiten gestärkt werden soll. Dazu zählen neben den Funktionen der Klassensprecherinnen und der Klassensprecher auch die Schülerinnen- und Schülervertretungen an den Schulen, die Schülerinnen- und Schülervertretungen in den Kreisen und Städten und die Landesschülervertretungen. Eine demokratisch organisierte Teilhabe an der Gestaltung von Schule soll an allen Schulen für alle Schülerinnen und Schüler gewährleistet sein.

II. Der Landtag begrüßt den Beschluss der LandesschülerInnenkonferenz 43.2 am 17. Dezember 2007 in Mainz, mit dem einer Änderung der Satzung der LandesschülerInnenvertretung der Weg geebnet werden soll, damit eine gemeinsame Landesschülervertretung für Schülerinnen und Schüler aller Schularten der Sekundarstufen I und II in Rheinland-Pfalz gewählt werden kann.

III. Der Landtag spricht sich dafür aus, bei der anstehenden Novellierung des Schulgesetzes (SchulG) den § 35 dergestalt zu ändern, dass es künftig möglich wird, auf einer beschlussfähigen Landesschülerkonferenz mit Delegierten aller Schularten der Sekundarstufen I und II einen für alle Schularten gemeinsamen Landesvorstand zu wählen.

Begründung:

Zurzeit kann gemäß § 35 SchulG eine gemeinsame Landesschülervertretung nur durch den Zusammenschluss von bestehenden Landesvertretungen der einzelnen Schularten gebildet werden. Es existiert daher seit Jahren lediglich die Landesvertretung für Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und Integrierten Gesamtschulen.

Durch Beschluss der neuen Satzung ist diese Landesvertretung für Schülerinnen und Schüler der Gymnasien und IGS nun auch offen für Schülerinnen und Schüler anderer Schularten. Gleichzeitig ist mit der Entwicklung eines Arbeitsprogramms durch den genannten Landesvorstand ein Weg aufgezeigt worden, wie die Delegierten der übrigen Schularten der Sekundarstufen I und II einbezogen und zur demokratischen Teilhabe innerhalb einer Vertretung für alle befähigt werden können.

Damit dieser begrüßenswerte Demokratisierungsprozess in der Arbeit der Landesvertretung für Schülerinnen und Schüler möglich wird, müssen die entsprechenden Regelungen im Schulgesetz so verändert werden, dass eine gemeinsame Landeskongress für Schülerinnen und Schüler die Wahl eines gemeinsamen Landesvorstandes möglich macht.

Für die Fraktion der SPD: Jochen Hartloff
Für die Fraktion der CDU: Hans-Josef Bracht
Für die Fraktion der FDP: Herbert Mertin

